

ÜBERSICHTEN

Außenpolitik

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

* (1)

Bundesrepublik sagt Mittel für berufliche Ausbildung zu

Die Bundesregierung hat der Volksrepublik Mittel in Höhe von 12,4 Mio. DM zur Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung zugesagt. Eine entsprechende Vereinbarung wurde am 9.2.1987 in Beijing vom stellvertretenden chinesischen Außenhandelsminister, Shen Jueren, und dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Per Fischer, unterzeichnet. Die Mittel aus dem Etat für die Zusammenarbeit bei der technischen Entwicklung sollen für den Aufbau eines Ausbildungszentrums für Präzisionsmaschinen, eines Schulungszentrums für Mikroverfilmung am Filmmaschineninstitut in Beijing sowie eines Schweißtechnikzentrums in der nordostchinesischen Provinzhauptstadt Harbin verwendet werden.

Am 12.2.1987 wurde in Beijing eine Note über die Errichtung eines chinesisch-deutschen Ausbildungszentrums für moderne industrielle Verfahren in Tianjin unterzeichnet. Das Ausbildungszentrum wird verschiedene Lehrkräfte, Techniker und Fachkräfte für Management ausbilden, die u.a. den Joint Ventures für Maschinenbau und Elektronik sowie für Projekte in Wirtschaft und Technik beider Staaten zur Verfügung stehen sollen. Die Bundesrepublik Deutschland wird der Volksrepublik dabei einen Kredit in Höhe von 25 Mio. DM gewähren; 10 Mio. DM werden als verlorener Zuschuß gegeben. Auch dieses Abkommen wurde vom stellvertretenden Außenhandelsminister der VR und dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. (XNA, 12.2.1987) -lou-

* (2)

China Partnerland auf der Hannover-Messe

Als hervorragende Basis zur Intensivierung der Wirtschaftskontakte zur Bundesrepublik Deutschland

betrachtet die Volksrepublik China die Hannover-Messe INDUSTRIE '87, die vom 1. bis 8. April 1987 stattfinden wird. Auf über 2.000 qm Ausstellungsfläche in der Halle 19 wird die chinesische Industrie ihre Leistungsfähigkeit in den Bereichen Maschinen und Anlagen, Elektronik, Metallurgie, NE-Metalle, Chemie, Luft- und Raumfahrt sowie Schiffbau demonstrieren. Die Außenhandelsgesellschaften sowie eine Reihe von Wirtschaftsregionen und Städten (darunter die Provinzen Anhui, Shandong, Shanxi, die Städte Harbin und Shenyang) werden in Hannover neue Exportgüter und Technologien vorstellen und umfassend über Investitionsmöglichkeiten und Marktchancen in der Volksrepublik China informieren.

Unter den chinesischen Exponaten werden auch die Modelle der Trägerraketen Changzheng 2 und Changzheng 3 und der Nachrichtensatelliten zu sehen sein. -lou-

SOWJETUNION und OSTEUROPA

* (3)

Wiederaufnahme der Grenzverhandlungen zwischen China und der UdSSR

Vom 9. bis 23. Februar 1987 fanden in Moskau zum erstenmal seit Jahren wieder Grenzverhandlungen zwischen den beiden Nachbarn mit der längsten Grenze der Erde - 7.500 km - statt.

Vereinbart worden waren die Grenzverhandlungen am Rande der UNO-Generalversammlung in New York im September 1986, als die Außenminister Shewardnadse und Wu Xueqian zusammentrafen.

Zum Grenzproblem zwischen beiden Ländern hat es bisher vier große Anläufe gegeben (1960, 1963, 1964 und 1969 ff. (Näheres dazu C.a., September 1981, S.584)

Bereits zwischen September 1969 und Mai 1978 hatten insgesamt 15 Gesprächsrunden stattgefunden. Anlaß für den Beginn der Gespräche i.J. 1969 waren die kurz davor ausgebrochenen Konflikte um die Insel Zhenbao (Damanski) im Flußverlauf des Ussuri und um das Tieliekehti-Gebiet in Xinjiang. Auf dem Höhepunkt der Spannungen war der damalige Ministerpräsident Kossygin nach Beijing gereist und hatte dort - auf dem Flughafen in Beijing - zusammen mit dem damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai die Aufnahme der Gespräche vereinbart.

Zum Abbruch kamen die Gespräche nach neun Jahren. Anlaß dafür war die Unterzeichnung eines Freundschafts- und Kooperationsvertrags der UdSSR mit Vietnam am 3. November 1978, der von China als feindlicher Militärvertrag interpretiert wurde, sowie der Einmarsch sowjetischer Truppen nach Afghanistan.

Ziel der Verhandlungen ist es, zunächst einmal den Grenzverlauf zu verifizieren. China verlangt nicht das gesamte ihm im 19. Jhd. vom zaristischen Rußland abgejagte Territorium zurück, sondern beansprucht lediglich solche Gebiete, die ihm unter Verletzung der ohnehin schon "ungleichen" Verträge im 19. Jhd. abgenommen wurden.

Besonders umstritten sind - von Ost nach West - zunächst einmal rd. 600 Inseln entlang den beiden Grenzflüssen Amur (Heilongjiang) und Ussuri, einschließlich des Fuyuan-Deltas am Zusammenfluß der beiden Ströme (dazu Näheres C.a., November 1977, S.860 ff.), des weiteren 64 Dörfer in der Jiandong-Gegend, ferner Gebiete in der Gegend von Manzhouli und ein größeres Areal im Pamirgebiet.

- Was die 600 Inseln anbelangt, so müßte bei gutem Willen verhältnismäßig schnell ein Einverständnis zu erzielen sein, da die Hauptfahrinne im Völkerrecht als Grenzmarkierung anerkannt zu werden pflegt.

- Etwas schwieriger ist die Lage bereits im Fuyuan-Delta, das nahe Chabarowsk liegt und eine Fläche von rd. 350 qkm umfaßt. Hier gibt es zwar während der Frostperiode klare Verhältnisse, doch im Frühjahr, wenn das Land aufweicht, beginnen die Flußläufe zu mäandrieren, so daß die Situation schwer in den Griff zu bekommen ist (ausführlich zu dieser Problematik mit Landkarten in C.a., November 1977, S.860 ff.). Da es sich gerade beim Fuyuan-Delta um ein strategisch wichtiges Gebiet handelt, können die Sowjets hier ihren guten Willen unter Beweis stellen.

- Die 64 Dörfer im Jiandong-Areal sind durch den "Vertrag von Aihui" der Administrationsgewalt Chinas unterstellt worden; doch handelt es sich hier um ein Gebiet, das tief in sowjetischem Territorium liegt und deshalb ebenfalls nach einer Lösung mit Fingerspitzengefühl ruft.

- Manzhouli liegt im chinesisch-mongolisch-sowjetischen Länderdreieck und wurde vom zaristischen Rußland Anfang des 20. Jhdts. teilweise besetzt. China hat dies nie anerkannt.

- Was schließlich die Pamir-Frage anbelangt, so gibt es dort ein Areal von 20.000 qkm, das noch der genaueren Abgrenzung bedarf (hierzu ausführlich mit Karten C.a., September 1981, S.584 ff.).

Die Verhandlungen vom Februar 1987 verliefen, wie es heißt, in einer "ernsthaften und offenen Atmosphäre". Beide Seiten vereinbarten, den Verlauf der gesamten Grenzlinie zu erörtern und dabei beim östlichen Abschnitt der Grenze zu beginnen. Die nächste Verhandlungsrunde wird in Beijing stattfinden (XNA, 24. und 26.2.87).

Verhandlungsführer waren dieselben wie bei den Normalisierungsgesprächen, nämlich der stellvertretende Außenminister Qian Qichen und auf sowjetischer Seite sein gleichrangiger Amtskollege I.A. Rogatschow.

Am 23. Februar traf der sowjetische Außenminister Shewardnadse mit Qian Qichen zusammen, wobei beide Seiten ihr überragendes Interesse an einem Gelingen der Grenzverhandlungen bekundeten.

Beide Parteien wissen sehr wohl, warum sie ihre Aufmerksamkeit zuerst auf den Ostsektor richten: dort hofft man schneller zu einer Einigung kommen zu können als im Westen.

Selbst wenn die Grenzgespräche zu einem befriedigenden Abschluß kämen, wäre damit die sino-sowjetische "Normalität" noch keineswegs wiederhergestellt; denn wichtiger sind - zumindest was das chinesische Erklärungsverhalten anbelangt - nach wie vor die "drei großen Fragen", die den Rückzug der Sowjettruppen von den chinesischen Nordgebieten, die Aufgabe des sowjetischen Engagements in Indochina und den Rückzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan betreffen.

Erste sowjetische Bewegungen im Zusammenhang mit diesen drei Fragen werden von Beijing aufmerksam beobachtet. So wurde beispielsweise Ende 1986/Anfang 1987 eine der insgesamt sieben sowjetischen Divisionen aus der Mongolischen Volksrepublik abgezogen.

Immer aber noch stehen 75.000 Mann in der Mongolei, obwohl dies aus chinesischer Sicht gar nicht nötig wäre, da von seiten der VR China ja keinerlei Drohung gegen die MVR ausgehe (so Wen Weipo, Hongkong, in SWB, 26.1.87).

Was Afghanistan anbelangt, so wartet man immer noch auf jenen Abzug von Truppen, den Gorbatschow bei seiner Rede in Wladivostok am 28. Juli 1986 angekündigt hatte.

Während der Grenzverhandlung vereinbarten beide Seiten auch Gespräche über einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich des Heilongjiang (Amur) (Kyodo in SWB, 28.2.87).

Ebenfalls am 23. Februar gab der sowjetische Botschafter in China, Trojanowski, in der Beijinger Botschaft anlässlich des 69. Jahrestags der Gründung der Sowjetarmee einen Empfang (XNA, 23.2.87), und ebenfalls am selben Tag legten chinesische Abordnungen Kränze an den Ehrenmalen gefallener sowjetischer Soldaten in den Provinzen Heilongjiang, Liaoning, Jilin, Hebei, Hubei, Sichuan und im Autonomen Gebiet Innere Mongolei nieder (XNA, 24.2.87).

Wenige Tage vor Beginn der Grenzverhandlungen hatten auch Gespräche über den bilateralen Handel stattgefunden, die zum Abschluß eines Handelsabkommens für 1987 führten.

Der Handel zwischen beiden Staaten gedeiht prächtig und nahm im Zeitraum von 1981 bis 1985 um das Neunfache zu. 1985 hatte das Volumen die Summe von 1,6 Mrd. Rubel (ca. 2,4 Mrd. US\$) erreicht (XNA, 9.2.87).

Zu den Punkten, die im bilateralen Verhältnis noch einer Erklärung bedürfen, gehört auch die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen in Asien. In diesem Zusammenhang interessierte sich Beijing besonders für den von Gorbatschow am 28. Februar 1987 den USA unterbreiteten Vorschlag, ein Abkommen über den Abbau der in Europa stationierten Mittelstreckenraketen abzuschließen. Der Vorschlag war von den meisten europäischen Regierungen begrüßt worden. Das chinesische Außenministerium nahm dazu am 4. März ebenfalls positiv Stellung und bezog gleichzeitig die Mittelstreckenraketen in Asien ein. Wörtlich: "Die

Reduzierung der in Europa und Asien (!) stationierten Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion und die USA soll gleichzeitig und ausgewogen dem Grundsatz der Gleichheit entsprechend bis zu deren vollständiger Vernichtung durchgeführt werden... Die Verhandlungen... über die Frage der Mittelstreckenraketen betrifft die Sicherheit sowohl der europäischen als auch der asiatischen Länder. Die Sicherheit Europas und diejenige Asiens ist gleichermaßen wichtig und sollte auch mit entsprechender Aufmerksamkeit behandelt werden. China ist ein asiatisches Land und ist daher wegen der in Asien stationierten Mittelstreckenraketen besorgt." (XNA, 4.3.87)

Nach einer Meldung der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo (MD Asien, 27.2.87, S.8) soll Gorbatschow den amtierenden Generalsekretär der KPCh, Zhao Ziyang, dringend gebeten haben, während seiner bevorstehenden Reise in mehrere Länder Osteuropas auch einen Zwischenaufenthalt in Moskau einzulegen. Die Einladung sei in einer persönlichen Botschaft an den chinesischen Politiker ergangen. Ginge Zhao auf diesen Vorschlag ein, so wäre dies das erste Treffen von Spitzenpolitikern beider Seiten seit September 1969, als der damalige Ministerpräsident Kossygin auf seinem Rückweg von seinem Besuch in Hanoi einen Zwischenaufenthalt auf dem Beijinger Flughafen einlegte.

Es wäre durchaus nicht ungewöhnlich, wenn Zhao der Einladung folgte; denn die chinesische Führung scheint für Gorbatschow Sympathie zu hegen. Vor allem zeigt sie sich voller Begeisterung für dessen Reformpolitik (z.B. XNA, 23.2.87). -we-

NORDAMERIKA

* (4)

US-Außenminister Shultz in der VR China

Anlässlich der 15. Wiederkehr der Unterzeichnung des Shanghai-Kommunikés (28. Februar 1972) stattete US-Außenminister Shultz der VR China einen offiziellen Besuch ab - den ersten seit 1983 (zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 2. bis 6. Februar 1983 vgl. C.a., Februar 1983, S.119 f.)

Der gegenseitige Besucheraustausch in den letzten Jahren nimmt sich höchst eindrucksvoll aus. Von amerikanischer Seite kamen nach China: Präsident Reagan (April 1984), Verteidigungsminister Weinberger (Oktober 1984), der Chef der Vereinigten US-Stäbe, Vessey (Januar 1985), der frühere Präsident Richard Nixon (September 1985), der frühere Außenminister Kissinger (November 1985), Vizepräsident Bush (Oktober 1985) und der Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftwaffe, General Charles Gabriel (Oktober 1985).

Wichtigste chinesische Gäste in den USA waren im gleichen Zeitraum der frühere und der amtierende Verteidigungsminister, Geng Biao bzw. Zhang Aiping, Politbüromitglied Li Peng (Juli 1985) und Staatspräsident Li Xiannian (August 1985).

Wie dieser Besucherreigen zeigt, spielten militärische Angelegenheiten im beiderseitigen Verhältnis eine wichtige Rolle; China allerdings wehrt sich immer wieder entschieden gegen die Behauptung, daß es mit den USA ein "strategisches Bündnis" anstrebe.

Aus amerikanischer Sicht ist das bilaterale Verhältnis gut und problemlos.

Auch das chinesische Außenministerium betonte, daß seit der Veröffentlichung des chinesisch-amerikanischen Kommuniqués von Shanghai ein deutlicher Fortschritt in den beiderseitigen Beziehungen erzielt worden sei. Es gebe nur noch wenige Hindernisse.

An größeren Differenzen zwischen beiden Seiten lassen sich folgende Punkte aufzählen:

- Da steht an erster Stelle die Taiwan-Frage. China betrachtet die amerikanischen Waffenverkäufe an Taiwan und vor allem den "Taiwan Relations Act" von 1979 als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Wie empfindlich das Land hier reagiert, machen folgende - für die Stimmungslage höchst repräsentative - Ausführungen deutlich: "Im Zeitraum von 1949 bis 1972 verhielten sich die USA in ihren Beziehungen zu China folgendermaßen: Zunächst weigerten sie sich, die VR China anzuerkennen, und hinderten China daran, seinen legitimen Sitz in der UNO wiedereinzunehmen; dann drangen sie in das chinesische Territorium

Taiwan ein und besetzten es, führten gegenüber China eine Blockade und ein Embargo durch und brachen alle Kontakte mit China ab. Später sahen sie sich dann doch gezwungen, mit China in Kontakt zu treten. Treffen zwischen chinesischen und amerikanischen Konsuln wurden 1954 in Genf abgehalten und 1955 begannen die chinesisch-amerikanischen Gespräche auf Botschafterebene. Bis zu jenem Zeitpunkt lehnten es die USA immer noch ab, die VR China als das wahre China anzuerkennen. Diese Botschaftergespräche dauerten bis zum Jahre 1970; ihr Hauptthema war die Entspannung sowie die Beseitigung der gespannten Lage im Taiwan-Gebiet. China schlug wiederholt vor, daß beide Länder eine gemeinsame Erklärung zur friedlichen Lösung der bestehenden Dispute ohne Gewaltanwendung und -androhung abgeben sollten. Zu diesem Zweck sollten Konsultationen durchgeführt werden. Die USA bestanden jedoch darauf, internationale Dispute zwischen beiden Ländern mit Fragen innerchinesischer Angelegenheiten zu vermeiden. Mit Waffengewalt setzten sie nicht nur die Besetzung Taiwans fort, sondern verlangten von China, Taiwan gegenüber auf Gewaltanwendung zu verzichten. Deshalb verliefen die Gespräche ergebnislos. Erst im Shanghaier Kommuniqué von 1972 änderten die USA bezüglich der Taiwan-Frage erstmals ihre Haltung... Sie kamen zu der Erkenntnis, daß es auf beiden Seiten der Taiwan-Straße nur ein China gibt und daß Taiwan ein Teil Chinas ist... Sie hielten sich jedoch mit der Erklärung zurück, wer dieses China vertrat... Das Shanghaier Kommuniqué wurde zum Wendepunkt in der Geschichte der beiderseitigen Beziehungen und öffnete der Normalisierung zwischen China und den USA die Tür." (BRu 1982, Nr.15, S.13 f.)

1973 wurden beiderseits Verbindungsbüros in der jeweiligen Hauptstadt eröffnet und mit dem 1. Januar 1979 begannen offizielle diplomatische Beziehungen. Doch kurze Zeit später verabschiedete der amerikanische Kongreß das "Gesetz über die Beziehungen zu Taiwan". In dem Gesetz ist u.a. davon die Rede, daß die USA "Gewalthandlungen" gegen Taiwan und "andere Zwänge" befürchteten. Weiterhin sollten sämtliche Verträge und Abkommen, die zwischen den USA und Taiwan abgeschlossen wurden, gültig bleiben. Das chinesische Staatsvermögen in den USA solle weiterhin Taiwan gehören.

Außerdem lieferten die USA weiterhin Waffen an Taiwan. Dies alles stand, wie Beijing protestierend feststellte, im Widerspruch zu den Erklärungen, die anlässlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen abgegeben worden waren.

Am 17. August 1982 unterzeichneten beide Seiten ein Gemeinsames Kommuniqué über eine schrittweise Lösung der Frage der Waffenverkäufe seitens der USA an Taiwan. Darin verpflichteten sich die USA, "schrittweise ihr Waffenangebot an Taiwan zu reduzieren, um schließlich, nach einer gewissen Zeit, zu einer endgültigen Lösung überzugehen" (das Kommuniqué ist in vollem Wortlaut abgedruckt in XNA, 17.8.82).

Das Shanghaier Kommuniqué vom Februar 1982, das Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vom Januar 1979 und das Waffenlieferungsbeschränkungscommuniqué vom August 1982 gelten aus chinesischer Sicht als die drei grundlegenden, für das sino-amerikanische Verhältnis maßgebenden Vereinbarungen, an denen das tatsächliche amerikanische Verhalten gemessen wird.

Der Sturm um die Taiwan-Frage hat sich inzwischen gelegt. Wahrscheinlich hat das Problem in den Besprechungen mit Shultz nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

- Unterschiedliche Auffassungen bestehen auch in einzelnen Punkten der US-Außenpolitik, so z.B. hinsichtlich der amerikanischen Südkorea-, Südafrika- und Israel-Politik, ferner hinsichtlich des erst jüngst wieder scharf kritisierten "Drucks" der USA auf Japan, sein Verteidigungsbudget zu erhöhen und seine Streitkräfte zu verstärken - nicht zu vergessen auch die amerikanische Zentralamerika (insbesondere Nicaragua)-Politik.

- Im Mai 1985 kam es beiderseits zur Verstimmung wegen des geplanten Besuchs einer amerikanischen Flotte in Shanghai. Nachdem China vorher eine entsprechende Einladung ausgesprochen hatte, machte es diese Einladung wieder rückgängig, indem es darauf hinwies, daß kein Schiff mit nuklearer Bewaffnung die Häfen anlaufen dürfe (April 1985).

- Ärger verursachte ferner der Erlass neuer Textil-Importbestimmungen im September 1984, die sich

nicht zuletzt gegen chinesische Textilimporte richteten (z.B. RMRB, 7.9.84).

- Besonders beleidigt reagierte China, als die USA im März 1985 erklärten, daß sie ihre Beiträge zum UNO-Bevölkerungsfonds um 10 Mio.US\$ reduzieren wollten, da der UNO-Fonds die Abtreibungspolitik Chinas unterstütze. Die chinesische Propaganda machte sich monatelang an dieser Beleidigung und an diesem Eingriff in innere Angelegenheiten fest (z.B. BRU 1985, Nr.15, S.4 ff.).

- Ferner war China einer der entschiedensten Kritiker des SDI (Star Wars)-Programms - des Lieblingsprojekts Reagans. Das Star Wars-Programm werde das Wettrüsten eskalieren. Die meisten entsprechenden Erklärungen erfolgten i.J. 1985.

- Gleichfalls 1985 kam es zu einer Auseinandersetzung über die Frage des bilateralen Nuklearabkommens, das anlässlich des Besuchs des chinesischen Präsidenten Li Xiannian unterzeichnet worden war. Der Kontrakt sollte automatisch neunzig Tage nach Unterzeichnung in Kraft treten, wenn bis dahin beide Kammern des US-Parlaments nicht intervenieren sollten. Anschließend kam es jedoch zu Interventionen, und zwar mit der Begründung, daß das Abkommen keine eindeutigen Garantien enthalte. Einige Senatoren befürchteten, daß China amerikanische Technologie zur Herstellung von Atomwaffen verwenden könne. Das vom Präsidenten unterzeichnete Abkommen enthalte zahlreiche Unklarheiten. Beijing habe sich nicht eindeutig und zweifelsfrei verpflichtet, die amerikanische Technologie nicht für militärische Zwecke einzusetzen. China seinerseits erklärte, daß es keine einseitig aufgezwungene Änderungen akzeptieren werde. Das Abkommen sei das Ergebnis langandauernder Konsultationen und zahlreicher Verhandlungsrunden zwischen den Regierungen Chinas und der USA gewesen (XNA, 12.12.85). Inzwischen ist auch diese Frage gelöst: wollen die USA doch im Wettbewerb um chinesische Kernkraftwerke bleiben!

- Sorgen bereitet den Chinesen auch das wachsende Defizit im Handel mit den USA - ein "Dauerbrenner"!

- Im März 1986 verurteilte China die amerikanischen Marine- und Bomberangriffe auf Libyen.

- Am 1. August 1986 verabschiedete der Auswärtige Ausschuß des US-Repräsentantenhauses eine Resolution, in der eine Verbesserung der Pressefreiheit, der Religionspolitik, der Versammlungs- und der Reisefreiheit sowie eine Änderung der Familienplanung in China gefordert wird. Die "Volkszeitung" (RMRB, 4.8.86) kritisierte diese "selbstgefällige" Resolution als "unfreundliches Verhalten" und als Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Jeder vorurteilslose Beobachter müsse doch erkennen, daß die Chinesen sich aller nur möglichen Rechte - einschließlich der Presse-, Religions-, Versammlungs- und Reisefreiheit - erfreuten, die ja übrigens auch durch die Verfassung garantiert seien. Wer außerdem etwas Weitblick besitze, müsse zugeben, daß die Politik der Familienplanung in China ein nützlicher Beitrag zur allgemeinen chinesischen Entwicklungspolitik sei.

- Auch gegenseitige Festnahmen und Ausweisungen haben zu Irritationen geführt: Im November 1985 beispielsweise wurde ein ehemaliger Mitarbeiter des CIA wegen Spionage für die Volksrepublik China festgenommen und angeklagt - der 63jährige naturalisierte US-Bürger Larry Wu-Tai Chin (IHT, 3.12.85).

Umgekehrt wiesen die Chinesen amerikanische Journalisten aus, so am 23. Juli 1986 den Repräsentanten der New York Times, John F. Burns.

Bei allen Differenzen sollte man aber doch betonen, daß die Gemeinsamkeiten überwiegen. In den meisten außenpolitischen Fragen stimmen beide Regierungen fast nahtlos überein - vor allem gibt es parallele strategische Interessen und auch sonst ist es zu "stabilen Beziehungen" in allen nur denkbaren Bereichen gekommen, vom wissenschaftlichen über den kulturellen und technologischen Bereich bis hin zum Studentenaustausch. Z.Zt. studieren beispielsweise 16.000 Chinesen in den USA, verglichen etwa mit 200 in der Sowjetunion.

Angesichts der Kampagne gegen die bürgerliche Liberalisierung, die u.a. mit den Studentendemonstrationen um die Jahreswende zusammenhängt, ist der chinesische Studentenaustausch mit dem "kapitalistischen Ausland" momentan zwar etwas ins Zwielicht geraten - auf lange Sicht handelt es sich hier jedoch um eine zukunftsfruchtige "Investition".

Die USA sind ferner der zweitgrößte Investor in China nach Hongkong. Geschätzt werden sie auch wegen ihres hohen Technologietransfers. Der beiderseitige Außenhandel lag 1986 bei 1,9 Mrd. US\$.

Auch in anderen Bereichen funktioniert das Verhältnis gut. So erhielt die chinesische "Great Wall Industrial Corp." vor kurzem den zweiten Auftrag, einen US-Satelliten in eine Erdumlaufbahn zu schießen. Vertragspartner war diesmal die amerikanische Firma Panamerican Pacific Satellite Corp. Dies gleiche chinesische Unternehmen wird einen ersten amerikanischen Satelliten, Westar VI, bereits in der 1. Hälfte 1988 in den Weltraum befördern; der zweite soll dann Ende 1988 abgeschossen werden (IHT, 30.1.87). Der neue Vertrag hat einen Wert zwischen 20 und 30 Mio.US\$ (AWSJ, 2.2.87; Financial Times, 29.1.87).

Shultz traf u.a. mit Deng Xiaoping und Ministerpräsident Zhao Ziyang zusammen. Erörtert wurden, wie es hieß, weltpolitische bilaterale Fragen, aber angeblich auch das Problem der Menschenrechte. Immer wieder bekam der amerikanische Gast die Versicherung zu hören, daß sich an der grundlegenden Politik Chinas nichts ändern werde. Staatspräsident Li Xiannian sprach die Taiwan-Frage an. Man hoffe, daß die USA bei der Lösung dieser Frage mitbeihilflich seien (XNA, 2., 3. und 4.3.87).

Das Grundthema, das sich in Variationen durch sämtliche Besprechungen zog, war das Festhalten am Shanghai-Kommuniqué von 1972 (so u.a. in den Besprechungen mit Außenminister Wu Xueqian, XNA, 2.3.87). Damals war bekanntlich vereinbart worden, daß beide Seiten im asiatisch-pazifischen Raum keine Hegemonie-Rolle anstrebten und daß sie auch keiner dritten Macht gestatten wollten, dort Hegemonie auszuüben.

Möglicherweise wurde auch über Waffengeschäfte gesprochen; u.a. traf Shultz nämlich mit Verteidigungsminister Zhang Aiping zusammen, der seinerseits bereits eine längere "Einkaufsreise" durch die USA unternommen hatte (XNA, 2.3.87).

Den generellen Kurs Chinas gegenüber den USA könnte man heutzutage etwa folgendermaßen formulieren: nach innen enge Zusammen-

arbeit, nach außen kühle Distanz und manchmal sogar schrille Gegenpropaganda! -we-

ASIEN

*(5)

Protest Chinas gegen die Ausrufung des neuen indischen Unionsstaates Arunachal Pradesh

Am 20. Februar 1987 wurde der im Nordosten Indiens gelegene Bundesstaat Arunachal Pradesh in Anwesenheit des indischen Premierministers Rajiv Gandhi feierlich proklamiert (vgl. hierzu bereits C.a., Dezember 1986, Ü 4).

Die VR China protestierte gegen diese "Besetzung chinesischen Territoriums". Die am 20. Februar vollzogene und zuvor bereits vom indischen Parlament gebilligte Entscheidung dürfe "keinesfalls legalisiert" werden.

Die Zugehörigkeit des Gebirgslands von Arunachal Pradesh, das an Bhutan, China und Birma angrenzt, ist aus chinesischer Sicht ein von der Geschichte hinterlassenes und bisher ungelöstes Territorialproblem zwischen Indien und China, das in beiderseitigem Einvernehmen einer gerechten Lösung zugeführt werden müsse (zur Rechtslage vgl. ebenda).

Der "angebliche Unionsstaat" Arunachal befinde sich im großen und ganzen auf dem seit langer Zeit von Indien besetzten Territorium zwischen der traditionellen chinesischen Grenze und der "rechtswidrigen" McMahon-Linie. Das Gebiet wurde früher von Indien als Zone bezeichnet, die der Zentralregierung unmittelbar unterstellt sei. Am 8. und 9. Dezember 1986 haben beide Kammern des indischen Parlaments durch eine Gesetzesvorlage diese Zone zum Unionsstaat deklariert.

Die sog. McMahon-Linie sei eine von den früheren Kolonialherren hinter dem Rücken Chinas willkürlich festgelegte Grenzlinie zwischen China und Indien und sei völlig illegitim. Keine chinesische Regierung habe diese Grenzlinie je anerkannt. Die Regierung in Beijing habe bereits mehrere Male erklärt, daß sie auf keinen Fall die rechtswidrige McMahon-Linie und den angeblichen Unionsstaat Arunachal anerkennen werde. Der neuerliche Versuch Indiens, die "Besetzung zu legalisieren", bedeute ein neues Hindernis auf dem Weg zu einer

gerechten und fairen Lösung der Grenzfragen zwischen China und Indien (XNA, 23.2.87).

Kurze Zeit vorher bereits, am 11. Februar, hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums gegen "unverantwortliche" indische Kommentare zur Tibet-Frage protestiert. Ein Sprecher des indischen Außenministers hatte kurz vorher behauptet, daß die "tibetische Kultur unter chinesischer Herrschaft nicht sicher" sei (XNA, 11.2.87).

Fast zur gleichen Zeit fand Beijing freilich auch wohlwollende Worte, indem es nämlich das am 4. Februar 1987 geschlossene indisch-pakistanische Grenzabkommen begrüßte (XNA in SWB, 6.2.87). Beide Nachbarstaaten hatten sich darüber geeinigt, sich gegenseitig nicht anzugreifen, und beide hatten versprochen, maximale Zurückhaltung zu üben, um alle Provokationen entlang der Grenze zu vermeiden. Vor allem sollten beide Seiten Truppen aus dem Korridor von Ravi und Chenab zurückziehen - darunter die pakistanische Armeereserve Nord mit 6 Panzerdivisionen und 17 Infanteriedivisionen sowie auf indischer Seite 6 Gebirgsjägerdivisionen (Radio Neu-Delhi in MD Asien, 5.2.87, S.1). -we-

*(6)

Chinesische Kritik an der japanischen Aufrüstungspolitik

In einem Artikel der "Volkszeitung" (RMRB, 11.2.87) wird die Überschreitung der magischen 1%-BSP-Grenze für die Verteidigung kritisch kommentiert: Die japanische Regierung habe der Welt nach dem Krieg versprochen, daß Verteidigungstreitkräfte des Inselreichs ihrem Wesen nach zur Selbstverteidigung bestimmt und auf ein Niedrigstniveau begrenzt bleiben sollten. Ganz in diesem Sinne habe das Kabinett Miki vor einem Jahrzehnt die jährlichen Verteidigungsausgaben auf ein Höchstmaß von unter 1% des BSP begrenzt. Am 24. Januar 1987 jedoch habe die jetzige japanische Regierung diese bewährte Politik plötzlich über Bord geworfen. Der Verteidigungshaushalt des Landes soll nämlich nunmehr im Zeitraum 1986 bis 1990 auf 18,4 Billionen Yen (121,05 Mrd. US\$) aufgestockt werden. Ein "Symbol des Friedens" sei damit vernichtet worden, meint die RMRB. Darüber hinaus sehe die neue Politik Revisionen des Verteidigungshaushalts nach dem

Haushaltsjahr 1991 vor, die von der internationalen Lage und vom Befinden der eigenen Wirtschaft abhängig sein sollten.

Es sei kein Zufall, daß die Wendung ausgerechnet unter Nakasone eingetreten ist, der Japan ja schon seit langem wieder zu einem Staat von internationalem Format machen möchte, bei dem die politische Macht mit der Wirtschaftsmacht gleichziehe. Die neue Politik sei aber auch ein Zugeständnis gegenüber den USA, die Japan immer wieder gedrängt hätten, seine Verteidigungsausgaben zu erhöhen, seine Streitkräfte zu stärken und sich auf diese Weise in die Lage zu versetzen, die Durchführung der globalen amerikanischen Strategie im asiatischen und pazifischen Raum zu gewährleisten.

Japans Verteidigungshaushalt habe inzwischen mit demjenigen Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs gleichgezogen. Inzwischen verfügten die drei bewaffneten Selbstverteidigungstruppen Japans über mehr als 270.000 Soldaten, über 1.300 Flugzeuge, über Kriegsschiffe mit einem Gewicht von insgesamt 260.000 t, über 1.670 Kriegsfahrzeuge und über 50.000 Geschütze. Die Selbstverteidigungstreitkräfte seien mit F-15-Jagdflugzeugen und Frühwarn- sowie Überwachungsflugzeugen des Typs P-3-C ausgerüstet. Zusätzlich werden die Selbstverteidigungskräfte mit dem "fliegenden Führungs- und Überwachungssystem AWACS" sowie mit Luftbetankungsflugzeugen ausgerüstet.

Die militärischen Aufträge kämen für die in vielen Bereichen kriselnde japanische Industrie (Eisen, Stahl und Schiffsbau) gerade zur rechten Zeit (XNA, 26.2.87).

Die jetzige chinesische Kritik muß umso merkwürdiger anmuten, als es in den letzten Jahren gerade die VR China war, die Japan immer wieder zu einer Erhöhung seiner Verteidigungsanstrengungen aufgerufen hat, um so den hegemonistischen Ambitionen gewisser Supermächte im asiatisch-pazifischen Raum entgegenzutreten! -we-

*(7)

Beijing kritisiert das "Zwei-China-Urteil" des Obersten Gerichtshofs von Osaka

In einem Rechtsstreit um das Guanghua-Studentenwohnheim in der alten japanischen Kaiserstadt

Kyoto, das "chinesisches Staatseigentum" ist, hat der Oberste Gerichtshof von Osaka ein Urteil zugunsten Taiwans ausgesprochen (26.2.87).

Zu dem Fall gibt es eine längere Vorgeschichte: 1977 hatte ein Kreisgericht in Kyoto das Grundstückseigentum der VR China zugesprochen. Dagegen legte die Republik China (Taiwan) Rechtsmittel ein, woraufhin der Gerichtshof in Osaka das Urteil aufhob und das Kreisgericht in Kyoto anwies, sein Urteil zugunsten der Republik China umzuändern. Dagegen wiederum erhob die Volksrepublik Revision, so daß die Entscheidung in die 2. Instanz ging (XNA, 10.2.87).

Die Revisionsentscheidung des Obersten Gerichtshofs in Osaka erging am 26. Februar - wiederum zugunsten Taiwans. Das chinesische Außenministerium protestierte daraufhin in einer Note an die japanische Regierung. Es werde hier in "illegaler" Weise von einer "Zwei-China"-Prämisse ausgegangen, die in eklatanter Weise gegen die offizielle Politik der japanischen Regierung verstoße (XNA, 27.2.87).
-we-

Innenpolitik

*(8)

6 ZK-Rundschreiben über die Bekämpfung bürgerlicher Liberalisierungstendenzen: Entschlossener Kampf aber keine politische Bewegung

Im Zeitraum von Anfang Januar bis Anfang Februar 1987 erließ die KPCh-Zentrale allein sechs parteiinterne Rundschreiben zum Thema 'Kampf gegen bürgerliche Liberalisierung'. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis, daß Auslandsjournalisten nicht über den Inhalt parteiinterner Rundschreiben informiert wurden, machten hochrangige Funktionäre gegenüber einem ausgesuchten kleinen Korrespondentenkreis (*Kyodo*, *AFP* und *Washington Post*) detaillierte Angaben über die ZK-Dokumente 1 bis 4/1987. Im folgenden werden die ZK-Dokumente 1 bis 6/1987 kurz vorgestellt:

1) ZK-Dokument 1/1987 wurde am 2. Januar parteiintern in Umlauf gebracht. Es gibt im wesentlichen eine Rede von Deng Xiaoping am 30. Dezember 1986 wieder, in der sich Deng sehr scharf gegen bür-

gerliche Liberalisierungstendenzen ausgesprochen haben soll. Deng soll darin u.a. gefordert haben, daß man von nun an mindestens 20 Jahre lang gegen bürgerlich-liberales Gedankengut kämpfen müsse. (*Zhengming*, Februar 1987, S. 10 u. März 1987, S. 6)

Deng forderte in dieser Rede eine harte Bestrafung jener Studenten, die Gesetz und Ordnung verletzten. In diesem Zusammenhang lobte Deng die Aushängung des Kriegszustands und andere harte Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung "Solidarität". Deng wies Forderungen nach Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, wie dies im Westen praktiziert werde, zurück. Namentlich kritisierte Deng Xiaoping

- den zu 15 Jahren Haft verurteilten demokratischen Oppositionellen Wei Jingshen, dessen Freilassung Deng erneut ablehnte;
- Wang Bingzhang, ein Student, der 1982 in die Vereinigten Staaten ging und dort eine demokratische Oppositionsbewegung begründete, die die Zeitschrift *Chinesischer Frühling* herausgibt;
- den Astrophysiker und Reformtheoretiker Fang Lizhi und
- den kritischen Shanghaier Schriftsteller Wang Ruowang. (*Kyodo*, engl., 26.2.87, nach *SWB*, 28.2.87)

2) ZK-Dokument 2/1987 wurde am 10. Januar parteiintern herausgegeben. Es enthält eine Rede von Deng Xiaoping auf der 6. Plenartagung des XII. ZK vom 28. September 1986, in der sich Deng entschieden gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen wandte. Diese Rede leitete Deng mit der Bemerkung ein, daß er in der Frage des Kampfes gegen die bürgerliche Liberalisierung noch am meisten von allen gesagt habe und daß er von allen am entschiedensten für den Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen eingetreten sei. Als Vertreter bürgerlicher Liberalisierung, die China auf den Weg des Kapitalismus führen wollten, kritisierte Deng Xiaoping namentlich Wei Jingsheng, Wang Bingzhang und den jungen Nanjinger Universitätsprofessor Guo Luoji. Deng sprach sich entschieden "gegen eine Liberalisierung jeglicher Art" aus. Es gebe tatsächlich Bestrebungen, so Deng, China in den Kapitalismus zu führen. Deshalb müsse der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung nicht nur

kurzfristig sondern über einen längeren Zeitraum von 10 bis 20 Jahren geführt werden. (*IHT*, 28.2./1.3.87; *Ryukyu Shimpō*, 4.3.87, nach *SWB*, 7.3.87)

3) ZK-Dokument 3/1987 wurde am 17. Januar 1987, also einen Tag nach dem Sturz von Hu Yaobang, verbreitet. Das Dokument stellt im wesentlichen eine auszugsweise Wiedergabe des Berichts von Bo Yibo über die "Fehler" von Hu Yaobang auf der erweiterten Sitzung des Politbüros am 16. Januar 1987 dar. Darin werden sechs hauptsächliche Fehlleistungen von Hu Yaobang genannt, wegen derer er zurücktreten mußte. (*Zhengming*, März 1987, S. 6; *IHT*, 28.2./1.3.87. Zu den einzelnen "Fehlern", die Hu Yaobang vorgehalten werden, siehe Teil II meines Artikels über den Sturz von Hu Yaobang.)

Aus dem Bericht von Bo Yibo geht hervor, daß auf mehreren erweiterten Politbürositzungen zwischen dem 10. und 15. Januar außer Hu auch viele andere Spitzenkader Selbstkritik geübt haben. Im Gegensatz zu den anderen hat Hu jedoch offenbar einen Teil der gegen ihn erhobenen Vorwürfe als nicht mit den Tatsachen übereinstimmend zurückgewiesen. (*Kyodo*, engl., 26.2.87, nach *SWB*, 28.2.87)

4) ZK-Dokument 4/1987 wurde am 28. Januar 1987 parteiintern veröffentlicht. In dem Rundschreiben wird versucht, dem Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung einen Rahmen zu setzen, indem explizit klargestellt wird, daß er nicht in eine politische Bewegung ausarten dürfe. Die Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung müsse sich strikt auf die Partei und auf den ideologisch-politischen Sektor beschränken. Alle anderen Bereiche und gesellschaftliche Gruppen dürften nicht in den antibürgerlichen Kampf einbezogen werden - genannt wurden hier der gesamte Wirtschaftssektor, Wissenschaft und Technik sowie Literatur und Kunst bzw. die nichtkommunistischen Demokratischen Parteien und die Intellektuellen, die nicht der KPCh angehören. Keinesfalls dürfe das Leben des Volkes beeinträchtigt werden. Namentliche Kritik dürfe nur in den Fällen erfolgen, in denen die Parteizentrale, konkret: die ZK-Propagandaabteilung, ihre Zustimmung erteilt habe. Der wesentliche Inhalt dieses ZK-Dokuments soll sich in der Rede von Zhao Ziyang zum traditionellen chinesischen Neu-